

Rechtspopulismus – der Angriff auf die Demokratie und die Haltung der Kirche

Vortrag bei der Referatsklausur „Erziehung und Bildung in Schule und Gemeinde“ des Evangelischen Oberkirchenrates in Baden Haus der Kirche, Bad Herrenalb - 27. Oktober 2016

1 Stimmungslage

Am 11. Januar 2016 rief das frühere AfD-Mitglied, die einstige Pegida-Frontfrau und jetzige Aktivistin der Gruppierung „Festung Europa“ Tatjana Festerling in Leipzig aus:

Wenn die Mehrheit der Bürger noch klar bei Verstand wäre, dann würden sie zu Mistgabeln greifen und diese volksverratenden, volksverhetzenden Eliten aus den Parlamenten, aus den Gerichten, aus den Kirchen und aus den Pressehäusern prügeln.

In den darauf folgenden Tagen stellten die Deutsche Journalisten Union (DJU) und auch der Ev.-Luth. Kirchenbezirk Leipzig Strafanzeige gegen Tatjana Festerling wegen Volksverhetzung und Aufruf zur Gewalt. Doch im Mai 2016 stellte die Staatsanwaltschaft Leipzig die Ermittlungen ein. Sie könne in den Äußerungen Festerlings keinen Straftatbestand erkennen, denn die genannten Eliten seien „*kein taugliches Angriffsobjekt*“ im Sinn des Strafgesetzes.

Diese kurze Episode zeigt, in welcher Situation wir uns befinden. Da wird seit Oktober 2014 auf jeder Kundgebung von Pegida, Legida und auch der AfD gegen die sog. politischen Eliten gehetzt, die Medien der systematisch betriebenen Lüge bezichtigt, Geflüchtete als „*Invasoren*“ zu Monstern aufgebauscht, die sich „*auf ihrem Raub- und Rape-Feldzug (rape = Vergewaltigung), im Namen des Islam*“ (Festerling) befinden – und die Reaktion von Polizei und Justiz ist: null, keine - nicht nur im geschilderten Fall. Als vor einem Jahr in Dresden zwei Galgen, einer für Merkel, der andere für Gabriel, bei einem der berühmtesten „*Spaziergänge*“ mitgeführt wurden, griff keine Polizei ein, und ein Strafverfahren gegen den Hersteller der Galgen wurde bis jetzt nicht eingeleitet. Ein T-Shirt mit der Aufschrift „*Rapefugees not welcome*“, das Lutz Bachmann bei einem Legida-Aufmarsch in Leipzig trug, erfüllt nach Meinung der Staatsanwaltschaft keinen Straftatbestand. Auch die weiteren Tiraden von Tatjana Festerling blieben ohne Folgen. Sie redet im Blick auf die Flüchtlinge von „*eiskalt berechnende(n) Krieger(n) des Islam, die aus verrohten Kulturen kommen und die mit unserer freien, dekadenten Lebensweise nicht das Geringste zu tun haben wollen, sondern sie zutiefst verachten und bekämpfen*“. Da muss sich niemand wundern über die Vorgänge am 03. Oktober 2016, dem „*Tag der Deutschen Einheit*“ in Dresden. Dem Rechtspopulismus scheint es gelungen zu sein, nicht nur jeden Anstand zu vergessen (Originalzitat Tatjana Festerling: „*Ich scheiß auf Anstand!*“); sie haben offensichtlich auch eine Tonlage gefunden, die weder die Strafverfolgungsbehörden alarmiert, noch die politischen Parteien auf den Plan ruft, die

aber einen Zweck erfüllt: Menschengruppen gegeneinander aufzubringen. Und in Sachsen erklären der Innenminister und der Ordnungsbürgermeister Dresdens unisono: das müsse die Demokratie ertragen.

Dahinter verbirgt sich eine Strategie, die schon immer zum Wesen nationalistischer, faschistischer Parteien gehört: die Werte umwerten - und dies so konsequent, dass das in den gesellschaftlichen Diskurs nicht nur einsickert, sondern gar nicht mehr bemerkt und schließlich übernommen wird. Genau in diesem gefährlichen Prozess befinden wir uns. Dazu ein Beispiel: Auf einer Tagung in Bad Alexanderbad Anfang September zeigte der Leiter der Landeszentrale für Politische Bildung des Freistaates Sachsen, Frank Richter, zur Einstimmung auf seinen Vortrag einen 15-minütigen Imagefilm der Landeszentrale aus dem Jahr 2013. In diesem wurde deren Mediationstätigkeit in Riesa und Schneeberg dargestellt. Dort sollten Geflüchtete in überschaubarer Anzahl untergebracht werden. Die NPD in Schneeberg nutzte die Lage und rief zum „*Lichtellauf*“ auf. Zwischen 1.000 und 2.000 Bürgerinnen und Bürger konnten durch die NPD im November und Dezember 2013 Woche für Woche mobilisiert werden. Bevor in dem Film ein Ausschnitt aus der Kundgebungsrede eines NPD-Vertreters gezeigt wurde, wies der Kommentator fast entschuldigend darauf hin, dass das Folgende von einem Neonazi gesagt werde. Der rief dann Sätze wie: *Deutschland könne nicht das Sozialamt Europas sein ... die Asylbewerber hätten sich gefälligst unserer Kultur anzupassen ...* über den Platz. Weniger verwundert als erschrocken rieb ich mir Augen und Ohren: Äußerungen eines Neonazis? Solche Sätze hören wir spätestens seit Mitte 2015 täglich aus dem Munde eines Seehofer, Scheuer oder Söder – von den Höckes und Gaulands ganz zu schweigen. In dieser Weise wird inzwischen landauf landab über die Geflüchtete hergezogen. Da spricht die CDU-Bundestagsabgeordnete Bettina Kudla von der „*Umvolkung Deutschlands*“, die schon im vollen Gange sei. Kein Wunder, dass die CSU fordert, nur noch „*Zuwanderer aus unserem christlich-abendländischen Kulturkreis*“ aufzunehmen, und für CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer die Gefahr der Integration darin liegt, dass ein Senegalese Ministrant wird. Ganz ähnlich ist auch die Bemerkung Horst Seehofers vom Februar 2016 zu bewerten, dass in Deutschland nicht mehr „*Recht und Ordnung herrschen*“, sondern eine „*Herrschaft des Unrechts*“. Da ist es nicht mehr weit zu Alexander Gauland, der im Blick auf Merkel von der „*Kanzler-Diktatorin*“ spricht.

Mit dieser Umwertung der Werte, mit der Verkehrung der tatsächlichen Verhältnisse soll suggeriert werden, dass sich Deutschland seit mindestens einem Jahr in einem „*permanenten Ausnahmezustand*“ (Seehofer) befindet. Nichts funktioniert mehr, die Grenzen wurden geöffnet, Staatsorgane versagen, die Demokratie ist mehr oder weniger ausgehebelt – und das alles wegen der Flüchtlinge, nein: wegen Angela Merkel. Ihre Politik habe zum „*Kontrollverlust*“ geführt, durch den die Bürgerinnen und Bürger tief verunsichert werden. Spätestens an diesem Punkt kommt der Verweis auf die Kölner Silvesternacht, erweitert um

„Informationen“, die man aus dem Internet bezieht und die meist Verschwörungspöbrien bedienen. Und schon sieht es so aus, als lebten wir in Deutschland in einem zerrütteten Land, in dem die Deutschen bald eine verfolgte Minderheit bilden. Genau das ist aber die Folie, die Pegida, Legida, AfD benötigen, um mit ihrer populistischen Propaganda zu punkten. Es geht nicht um die Darstellung von Wirklichkeit, sondern um die bewusste Verzerrung, um „die Verengung der Wirklichkeit“ (Carolin Emcke). Da bedarf es dann nur noch der deutschnationalen Rhetorik eines Björn Höckes, der am Kyffhäuser in der ihm eigenen stählernen, suggestiv-theatralischen Nazi-Rhetorik die Menschen beschwört, dass die AfD „die letzte friedliche Chance für Deutschland“ darstellt und dass „dieses Volk ... endlich seine verlorene Männlichkeit zurückfinden (muss)“ – wodurch?: durch die „Thymos-Kraft“ (Marc Jongen) oder den „furor theutonicus“, durch den wie zur Römerzeit alles hinweggefegt wird, insbesondere die verhassten Eliten und die Alt-Parteien – noch ohne Gewalt, aber wenn man die „letzte friedliche Chance“, nämlich die AfD verschmährt, was dann ...?

2 Begriffsklärung

Mit diesem ersten Gedankengang möchte ich vor allem zeigen, in welcher, gegenseitig kompatiblen, rechtsgerichteten, latent gewalttätigen Gedankenwelt sich Pegida, AfD und andere rechtsradikale Gruppierungen bewegen – wobei die Flüchtlingsfrage nicht der Auslöser für diese Bewegungen war, sondern diese eine schon vorhandene rechtsradikale Weltsicht freigesetzt, verstärkt und bestätigt hat. An dieser Stelle möchte ich einige Begriffsklärungen vornehmen: Wir sprechen von Rechtsradikalismus, Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, von Neonazis, neuer Rechten. Kann man die Begriffe gegeneinander abgrenzen oder meinen sie immer dasselbe?

2.1 Rechtsextremismus

In einer Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahr 2006 wird der Rechtsextremismus als eine Kombination von verschiedenen, inhumanen Einstellungen wie Rassismus, Diskriminierung von Menschen aufgrund ihres Geschlechts oder der Beschaffenheit, Autoritarismus, also Befürwortung einer Diktatur und Chauvinismus, der Glaube an die Überlegenheit einer Nation dargestellt. Der Politologe Hans-Gerd Jaschke definiert den Rechtsextremismus so:

Unter 'Rechtsextremismus' verstehen wir die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklaration ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertpluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen.

2.2 Neonazismus

Eine besondere Form des Rechtsextremismus ist der sog. Neonazismus. Als Neonazis werden diejenigen bezeichnet,

die sich mehr oder weniger stark in Ideologie und Gewaltpraxis an den Ideen des historischen Nationalsozialismus orientieren, an ihrem Rassismus und Antisemitismus, tatsächlich ein „Viertes Reich“ anstreben und nach 1990 mit der Ausdehnung eines neuen gewalttätigen Rechtsextremismus eine neue nationalistisch revolutionäre Chance sahen.“ (Hajo Funke)

2.3 Rechtsradikalismus

Klar ist: Der Rechtsextremismus ist mit den Grundwerten unserer Verfassung nicht vereinbar. Darum werden Menschen und Gruppen vom Verfassungsschutz dann rechtsextremistisch genannt, wenn ihr Handeln aktiv gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtet ist. Das ist für den Verfassungsschutz auch das Unterscheidungskriterium zwischen Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus.

Im engeren Sinne "rechtsradikal" ist demnach ein Gedankengut vom rechten Rand des politischen Spektrums, das zwar antisemitisch, rassistisch, völkisch, autoritär, sexistisch usw. ist, sich aber nicht explizit gegen das Grundgesetz und die freiheitlich-demokratische Grundordnung richtet.

(vgl. <http://www.netz-gegen-nazis.de/lexikontext/was-ist-rechtsradikalismus>)

Dabei bleibt aber offen, ob rechtsradikales Denken überhaupt vereinbar ist mit den Grundwerten der Verfassung. Darum erscheint mir die Unterscheidung des Verfassungsschutzes zwischen Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus sehr gewollt und eher als eine Rechtfertigung für Untätigkeit.

2.4 Rechtspopulismus

Bleibt noch die Frage, was wir unter Rechtspopulismus verstehen:

Populismus bezeichnet eine um „Volksnähe“ bemühte Politik, die Ängste und Emotionen der Bevölkerung für eigene Zwecke nutzt und vermeintlich einfache Lösungen für komplexe Probleme propagiert. Populismus bedient sich gängiger Klischees und Vorurteile, um eine bestimmte Position im politischen Feld zu erzielen. Das Prinzip lautet dabei „Wir gegen die anderen“.

(vgl. <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/warum-ist-populismus-so-verbreitet-und-gefaehrlich-2917>)

Rechtspopulisten geht es darum, ihre Vorstellungen qua Volksmobilisierung durchzusetzen. Darum die Abwertung der repräsentativen Demokratie und damit einhergehend des Parteienwesens und die Verunglimpfung des Politikers an sich.

3 Umfeld der AfD

Nun ist die Frage: Wie sind Gruppierungen wie Pegida, Legida und Parteien wie die AfD einzuordnen? Wie bezeichnen wir Gruppen wie „Der Dritte Weg“, „Reichsbürger“, die „Identitären“, wie Publikationen wie „Junge Freiheit“ oder „Compact-Magazin“? Sind sie rechtsextremistisch, rechtsradikal, neonazistisch oder „nur“ rechtspopulistisch? Woher kommt die merkwürdige Redewendung *„Ich bin aber kein Nazi!“*, die einem immer dann begegnet, wenn man in einer Diskussion Parallelen zur Zeit des Nationalsozialismus zieht? Meistens sagen das Menschen, ohne dass irgendjemand den Begriff Nazi gebraucht hat. Wollen die Leute sich damit von dem distanzieren, was sie gerade äußern? Oder wollen sie einem verwehren, ihre Meinung einfach weiter zu denken? Ich reagiere auf die Schutzbehauptung meistens so: *Ob Du ein Nazi bist oder nicht, ist ziemlich unerheblich. Entscheidend ist, ob das, wie Du denkst und wie du dich äusserst, kompatibel ist mit nationalsozialistischen Grundüberzeugungen. Auch in der Nazizeit waren die meisten der 80 Millionen Deutschen keine Nazis, aber sie haben die Verbrechen zugelassen.* Also: Was ist die AfD – rechtsextremistisch, rechtsradikal, rechtspopulistisch?

3.1 „besorgte Bürger“?

Ich beginne mit einer Beobachtung: Pegida und AfD sowie viele andere rechte Bewegungen in Europa verdanken ihren Erfolg nicht der Tatsache, dass sie sich nachhaltig um die Sorgen und sozialen Abstiegsängste von Bürgerinnen und Bürgern kümmern und neue Antworten auf die aktuellen politischen Entwicklungen geben. Da ist weitgehende Fehlanzeige. (Das hat sich ja bei der sog. Brexit-Kampagne gezeigt). Allerdings spielen politische Entwicklungen wie die Globalisierung, wie undurchschaubare, komplexe Zusammenhänge den Rechten in die Hände. Die meisten AfD-Wähler/innen sind – so die Analysen – zu über 70 Prozent mit ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage zufrieden und haben kaum Kontakt zu Geflüchteten. Also was veranlasst sie zu einem solchen Wahlverhalten? Sie sind keine „besorgten Bürger“ (der bin ich nämlich auch). Sie bringen mit ihrer Stimmabgabe ihren mehr oder weniger ausgeprägten, asozial ausgerichteten Egoismus und Rassismus zum Ausdruck und knüpfen an die althergebrachten rechten Strickmuster an: (subtile) Relativierung der Nazi-Verbrechen („Schluss mit dem Kriegsschuld-Kult“ (Legida) oder „Hitler hat den Deutschen das Rückgrat gebrochen“ (Gauland)), Demokratieverachtung, Präferenz für autoritäre Präsidialsysteme, Nationalisierung der Politik, Fremdenfeindlichkeit, Antipluralismus, Amerika-Kritik (Hort der Dekadenz) und Putin-Affinität als Ausdruck des Autoritarismus („Putin, rette uns“ oder „Merkel nach Sibirien, Putin nach Berlin“), Religionsfeindlichkeit nicht nur gegenüber dem Islam, sondern auch gegenüber dem Glauben in der jüdisch-christlichen Tradition. Der Grund für Letzteres ist ein klarer: Die wesentlichen Glaubensüberzeugungen (Jeder Mensch ist ein Geschöpf Gottes) sind unvereinbar mit rechtsgerichtetem Denken, das auf biologistisch, rassistisch, völkisch begründete Selektion aus ist. Das haben übrigens die Protagonisten rechtsradikalen Denkens zu allen Zeiten erkannt. Unter diesem Aspekt kann man auch die

Trennung des Pfarrerehepaars Frauke Petry und Sven Petry nachvollziehen. Dazu möchte ich auf den sehr aufschlussreichen Artikel in der ZEIT hinweisen. Dort heißt es:

Und was er (Sven Petry) predigt, was er im Internet verbreitet, das liest sich wie ein Anti-AfD-Programm. Seit Monaten versucht Sven Petry, sich von der Politik seiner Frau zu distanzieren. Und jetzt ist der Moment gekommen, in dem er auch öffentlich darüber spricht.

<http://www.zeit.de/2015/48/pfarrer-sven-petry-ehemann-afd-frauke-petry>

3.2 Ideologie der AfD

Wir merken: Es ist schwer, die AfD genau einzuordnen. Das liegt auch daran, dass alle Thesen, die Parteimitglieder aussprechen und die daraufhin medial kommuniziert werden, sofort dementiert, zurückgezogen oder als falsch dargestellt deklariert werden. Das funktioniert auch deswegen, weil die AfD noch keine Programmpartei ist. Aber sie wird von programmatischen Vordenkern unterstützt. Dazu gehören Marc Jongen, ein Sloterdijk-Schüler, Götz Kubitschek, Schüler des faschistischen Publizisten Armin Mohler und Leiter des „Institutes für Staatspolitik“ in Schnellroda, Jürgen Elsässer, Herausgeber des „Compact-Magazin“. Derzeit kann man drei Themenbereiche ausmachen, die die Ideologie der AfD gut beschreiben und die man zu Ende denken sollte:

- Da ist zum ersten der auf dem Stuttgarter Parteitag im Mai 2016 mit Jubel aufgenommene Ausspruch von Jörg Meuthen: man wolle *„weg vom linken, rot-grün verseuchten 68er-Deutschland“* und hin zu einem *„wirklich freien, souveränen Nationalstaat Deutschland in der Völkergemeinschaft der Welt“*. Was verbirgt sich hinter diesem Ausspruch? Deutschland ist verseucht, befindet sich sozusagen in einem gesundheitlichen Notstand. Wer ist dafür verantwortlich? Diejenigen, die in den vergangenen 50 Jahren Deutschland gestaltet haben – also Menschen wie Gustav Heinemann, Willy Brandt, Helmut Schmidt, Egon Bahr, Jürgen Habermas, Joschka Fischer, Gerhard Schröder – und sicher auch Hildegard Hamm-Brücher, Margot Käßmann und Angela Merkel. Ein Notstand aber kann nicht mit „normalen“ Mitteln beseitigt werden. Da bedarf es hemdsärmeligere Strategien, die sich nicht mehr an Regeln und Grundwerte halten. Das wollen Jörg Meuthen und mit ihm die AfD insinuierten, um so den Boden zu bereiten für Maßnahmen jenseits demokratischer Entscheidungswege, jenseits des gesellschaftlichen Konsenses, jenseits global geltender Maßstäbe humanen Miteinanders (Menschenrechte), jenseits des freiheitlichen Rechtsstaates. Die AfD will also weg von einer Politik, die nach 1945 in einem mühsamen Verständigungsprozess eine europäische Friedensordnung (KSZE) gestaltet und auch zum Erfolg geführt hat: die deutsche Einheit, die Osterweiterung der Europäischen Union, die Erhaltung des Friedens in Mitteleuropa. Man will weg von einem Europa ohne Grenzen. Man will weg von Pluralität im gesellschaftlichen Leben. Man will weg von einer multikulturellen und multireligiösen Gesellschaft hin zu einem

deutschen Volkskörper, der sich wohl als Teil dieser Welt versteht, sich aber national klar ab- und eingrenzt. „Wir wollen keine Flüchtlinge“ stellte Alexander Gauland am Abend des 11. März 2016 apodiktisch in den Raum. Zwar wurde die Forderung, „Einwanderung, insbesondere aus fremden Kulturkreisen abzulehnen“, auf dem Parteitag der AfD nicht ins Programm aufgenommen, dafür bekennt sich die AfD zur „Deutschen Leitkultur statt Multikulturalismus“. Gnädigerweise bemerkt Beatrix von Storch: „Wir meinen nicht, alle Muslime gleich auszuweisen.“ Das ist aber fast Schnee von gestern. Denn das mit medialem Getöse neu in die AfD aufgenommene Parteimitglied Nicolaus Fest hat die Forderung aufgestellt:

Das öffentliche Zeigen und Ausüben dieser Religion muss man verhindern. ... Ja, das bedeutet, dass man auch Moscheen schließen muss, genau.

- Wenn Frauke Petry dann den Vorwurf, die AfD sei „deutschnational“, positiv aufgreift, um dies als „keine schlechte Beschreibung einer deutschen Partei“ zu bezeichnen (und das ist die zweite; sehr aufschlussreiche Aussage), dann ist klar: man ist deutschnational, d.h. liberal nur so lange, wie die deutsche Volksmehrheit nicht bedroht ist. Ja, man positioniert sich bewusst gegen ein politisches Europa und bekennt sich zum deutschen Nationalstaat. Doch hinter diesem Begriff verbirgt sich nichts anderes als völkischer Nationalismus, der seine Parallele in den 20er Jahren hat. Deswegen will man auch raus aus der Eurozone, um jeden Einfluss von außen abzuwehren. Ja, man versucht Pluralität zu bekämpfen und fängt schon einmal beim Islam an: Er gehört nicht zu Deutschland! Religionsfreiheit passé. Da sollte sich keiner einer Illusionen hingeben: Wer so feindselig mit einer Religionsgemeinschaft umgeht, macht im Zweifelsfall vor einer anderen nicht Halt.
- Wie in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts lehnt sich die AfD auf gegen die „Altparteien“, über die man nunmehr als „Konsensparteien“ verächtlich spottet (und damit schließt man den Konsens, den Kompromiss als politische Kategorie aus) – und das ist die dritte entlarvende Aussage. Man selbst versieht sich mit einem quasi aufrührerischen, revolutionären Touch, erennt sich zum „Anti-Establishment“, will aber nichts anderes, als zurück in den Mief der 50er Jahre der alten West-Bundesrepublik, in die Zeiten, da die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus als hinderlich für das Wirtschaftswunderland angesehen wurde. Doch dieses Zurück ist nur zu erreichen über kulturelle Einfalt, Ausgrenzung der Fremden und Abgrenzung zum Fremden, die Einführung einer von Oben gelenkten, kontrollierten Kultur, die nur einem dienen kann: dem Deutschtum. Da ist es nur konsequent, dass Jörg Meuthen in seiner Parteitagsrede auch noch monierte, dass den Deutschen nach 1945 die Vaterlandsliebe bzw. der Patriotismus „abgezogen“ worden sei, in seinen Augen wohl auch eine Folge der „68er Verseuchung“. Und Björn Höcke verlangt in seiner Kyffhäuser-Rede, das deutsche Volk müsse den „Kultur- und Zivilisationsbruch verhindern“, müsse „seinen Selbsthass überwinden“ und dann wörtlich:

Wir haben über 70 Jahre Mahnmale in diesem Land gebaut ... (Pause) ... Es ist an der Zeit, endlich wieder Denkmäler zu errichten.

Da bedarf es nur noch eines kleinen Schrittes, um zur Forderung von Legida zu gelangen: „*Schluss mit dem Kriegsschuldskult*“. Abschied von der nationalsozialistischen Vergangenheit, um an ihre Voraussetzungen und ideologischen Grundbedingungen bruchlos anknüpfen zu können – das ist das ideologische Ziel all derer, die jetzt Deutschland zum Opfer einer jahrzehntelangen Umerziehungsstrategie erklären und zurückkehren wollen zu einem auf sich selbst bezogenen, aus Europa herausgelösten deutschen Nationalstaat – frei von allen fremden, insbesondere islamischen Einflüssen.

Dass am Ende der Re-Nationalisierung und Ent-Europäisierung der deutschen Politik nur die gewaltsame Sicherung (unter Einschluss möglicher Veränderungen) von Grenzen stehen kann, dass am Ende einer solch fatalen Politik Verfeindung nach innen und außen steht, dass das am Ende und in der Konsequenz nur Hass, Gewalt, Krieg heißen kann, kann nicht frühzeitig genug ausgesprochen werden. In der AfD wird mit dem Feuer gespielt, es wird schon jetzt kräftig gezündelt. Da ist es eben kein Zufall, dass im Windschatten dieses fatalen, vor allem bösartigen Aufbruchs in die Vergangenheit, den die AfD angetreten ist, schon viel zu viele zum Brandsatz gegriffen haben. Die von der AfD und von Pegida bei ihren Veranstaltungen reklamierte „Gewaltlosigkeit“ hat einen hohen Preis: Hunderte Angriffe auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte, deren Initialzündung dort geschah. Um die Gefahr zu erkennen, die von AfD und Pegida ausgeht, ist es dringend erforderlich, deren Äußerungen zu Ende zu denken und das, was diese Gruppierungen treiben, auch so benennen, wie es Ole von Beust im Blick auf Tilo Sarrazin in erstaunlicher Klarheit getan hat: bösartig. (<http://www.zeit.de/gesellschaft/2016-04/thilo-sarrazin-ole-von-beust-fluechtlinge-afd>).

3.3 AfD – Pegida - NPD

„*Bösartig*“ – das ist eine moralische Kategorie, die abseits der politischen Einordnung liegt, die aber eines verdeutlicht: das Gemeinsame zwischen Pegida und AfD. Sie führen Protest in den Hass. Sie treten bösartig gegenüber denen auf, die bei uns Schutz suchen und die Moslems sind. Bösartig deshalb, weil sie diese Menschen von vornherein aus der Gesellschaft, aus dem Volk ausgrenzen – und ihnen pauschal unterstellen, dass sie nur Böses im Schilde führen. Von daher fällt es zunehmend schwer, zwischen Pegida/Legida auf der einen und AfD auf der anderen Seite zu unterscheiden. Natürlich: Pegida ist eine Bewegung, AfD ist eine Partei, aber eben eine, die in der jetzigen Programmatik viele Übereinstimmungen mit Pegida/Legida aufweist. Darum bezeichnet Alexander Gauland Pegida als „*natürlichen Verbündeten*“. Von Anfang an gab es in Dresden zwischen Pegida und AfD enge Kontakte. So sprach Frauke Petry im Januar 2015 mit Pegida und sorgte dafür, dass Lutz Bachmann kurzzeitig „entmachtet“ wurde. Allerdings gelang es ihr nicht, AfD und Pegida zusammenzuführen. Dennoch wird

immer wieder der „Schulterschluss“ (Roland Ulbrich) gesucht: Pegida-Leute reden auf AfD-Kundgebungen (Siegfried Däbritz in Erfurt) und umgekehrt (Roland Ulbrich in Leipzig).

Doch noch beunruhigender ist die Verbindung bzw. Affinität zur NPD. Mit der AfD ist eine Partei unterwegs, die das latent rechtsextremistisch denkende Wählerpotential, das bei 15 bis 20 Prozent liegt, an sich binden kann. Das ist nicht nur negativ, denn es sorgt für Klarheit: Die AfD bedient programmatisch das, was rechtsradikales Denken ausmacht:

- Demokratieverachtung, Politiker-Bashing, Absage an Pluralität, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, ideologische Abschottung gegenüber dem Islam, Ablehnung einer multikulturellen und multireligiösen Gesellschaft, Diskursverweigerung, eine niedrige Hemmschwelle zur Gewalt.

Insofern kann es nicht beruhigen, dass bei den Landtagswahlen in Sachsen (2014) und in Mecklenburg-Vorpommern die NPD an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert ist. Wenn man AfD und NPD zusammenzählt, dann kommt man auf die 20, teilweise 25 Prozent Stimmenanteil der rechtsradikalen Parteien. Doch nicht nur diese Beobachtung führt dazu, dass die Grenzen zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus fließend sind. Es sind auch die Personen, die mit der Undeutlichkeit bewusst spielen. Sehr aufschlussreich ist die interne Facebook-Gruppe des AfD Kreisverbandes Pforzheim. Als Administratoren fungieren die beiden stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden im Landtag Bernd Grimmer und Bernd Gögel Da kommentiert das AfD-Mitglied Andreas N. die Aussage

Ich glaube, wenn das Waffen-Gesetz so locker wie in den USA, wäre dann hätten wir bald Berlin befreit

mit

Jepp, so ist es!!!!!!

<http://www.stern.de/investigativ/baden-wuerttemberg--interne-afd-gruppe-auf-facebook--die-npd-ist-da-fast-schon-harmlos-7101950.html>

Oder man denke an den direkt gewählten AfD Landtagsabgeordneten Prof. Dr. Ralph Weber, Ordinarius für bürgerliches Recht an der Universität Greifswald. Man kann ihn mit Fug und Recht als Neonazi bezeichnen. Einem Mitglied der Neonaziband „Hassgesang“ verhalf er zum Dokortitel, ein Mitglied der „Reichsbürger“ lud er zum Gastvortrag in seine Vorlesung ein. In der Uni tauchte er mit Thor-Steinar-Kleidung auf. Das Grundgesetz bezeichnete er als „fremdes Recht, das man uns übergestülpt hat“. Die AfD ist keine beliebige Protestpartei, sie ist Teil der radikalen Rechten.

4 Rechtspopulismus

Nun hat es sich eingebürgert, Parteien wie die AfD rechtspopulistisch zu nennen und sie zu vergleichen mit Front Nationale - Marine Le Pen, Freiheitliche Partei Österreich (FPÖ) – Heinz-Christian Strache, Partij voor de Vrijheid - Geert Wilders, Prawo i Sprawiedliwość (PiS) -

Jarosław Kaczyński, Fidesz (Ungarischer Bürgerbund) - Viktor Orbán, Republican Party – Donald Trump. Was aber macht den Rechtspopulismus aus? Antwort:

Die Behauptung, dass er die Interessen des Volkes vertritt, diese aber selbst bestimmt und damit alle anderen möglichen Sichtweisen und Interessen ausgegrenzt oder delegitimiert.

Dahinter steht eine zutiefst antipluralistische Haltung. Es geht dem Populisten und seiner ihm folgenden Partei um einen Alleinvertretungsanspruch. Der Politologe Jan-Werner Müller hat dazu ein sehr interessantes Interview auf ZEITonline gegeben (<http://www.zeit.de/zeit-wissen/2016/05/populismus-politikwissenschaft-jan-werner-mueller-interview>). Dort zitiert er einen Satz von Donald Trump vom Mai 2016:

Das einzige, was zählt, ist die Einheit des Volkes. All die anderen Menschen zählen nicht. Genau das ist derzeit das politische Problem mit der AfD. Auch dort wird ein Volkswille reklamiert, der der Politik entgegengestellt wird: Wir sind das Volk und ihr seid die Volksverräter. Hier wird Volk nicht als „demos“ sondern als „ethnos“ verstanden – Volk als homogener Körper. Markus Frohnmaier, der Pressesprecher Frauke Petrys, sagte kürzlich:

Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet, dann wird wieder Politik für das Volk und nur für das Volk gemacht - denn wir sind das Volk.

Auf diesem Hintergrund kann es nicht überraschen, dass Frauke Petry den Begriff „völkisch“ wieder „positiv besetzen“ will. Kein Wunder auch, dass Björn Höcke auf seiner Facebook-Seite die „UN-Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes“ zitiert, um dann zynisch zu fragen: „Gehört die Multikulturalisierung eines gewachsenen Volkes auch dazu?“. Wer nun meint, dass sei nur die radikale Sicht eines Höcke, der sei auf das AfD-Programm verwiesen. Dort heißt es:

Die Ideologie des Multikulturalismus, die importierte kulturelle Strömungen auf geschichtsblinde Weise der einheimischen Kultur gleichstellt und deren Werte zutiefst relativiert, betrachtet die AfD als ernste Bedrohung für den sozialen Frieden und für den Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit. Ihr gegenüber müssen der Staat und die Zivilgesellschaft die deutsche kulturelle Identität als Leitkultur selbstbewusst verteidigen.

Im Klartext: Gesellschaftliche, kulturelle Vielfalt, Heterogenität wird als „Völkermord“, als Zerstörung der Nation angesehen. Diese Sicht des Volkes, der Nation ist nicht nur antidemokratisch. Hier wird – in der Strategie der Umkehrung der Werte - der Grundstein gelegt für eine gewalttätige Ausgrenzungspolitik – auch gegenüber gesellschaftlicher Vielfalt. Damit folgt die AfD der Vorgabe von Jürgen Elsässer, Herausgeber des rechtsextremistischen COMPACT Magazins:

COMPACT bleibt die überparteiliche Stimme der Volkssouveränität und wird die AfD nur solange und insofern stützen, wie sie nicht zur Beute partikularer oder persönlicher Interessen wird, sondern der Parole folgt: ‚Alle Macht dem Volke‘.

Hier wird der Volksbegriff auf die begrenzt, die aus einem nationalistisch-verengten Blickwinkel dazu gehören: im weitesten Sinn die Deutschen, aber dann doch nur die, die ihr Deutschsein über Generationen nachweisen können, oder die bestimmten, normierten Lebensweisen folgen. Dieser Volksbegriff schließt demokratischen Wandel und Pluralismus aus: Es gibt nur ein wahres Volk, Deutschland; und das hat nur einen wahren Vertreter, die AfD oder Pegida. Wer das nicht akzeptiert, gehört nicht dazu - weder moralisch, noch politisch. Typisch dafür ist die Kritik von Frauke Petry an der Pilgerfahrt des Fußballnationalspielers Mesut Özil nach Mekka. Auf der einen Seite wirft sie ihm vor, diese Pilgerreise auf Twitter öffentlich gemacht zu haben und damit eine „politische Aussage treffen zu wollen“, auf der anderen Seite kritisiert sie ihn, dass er als Moslem nicht nach den Regeln der Sharia lebt, denn „die Frauen an seiner Seite“ seien unverschleiert. Klar ist: Die AfD maßt sich an, zu bestimmen, wer und was ein Muslim ist, und gleichzeitig, wie er sich zu verhalten, nach welchen Maßstäben er zu leben hat.

Man kann Müller nur zustimmen, wenn er in dem Interview resümiert:

Populismus ist keine Krankheit, sondern eine permanente Gefahr.

Wie gefährlich der Populismus ist, kann man sehr deutlich an der Art und Weise erkennen, wie Donald Trump seinen Wahlkampf führt. Die Präsidentenwahl wird von ihm zu einer endzeitlichen Entscheidungsschlacht stilisiert – mit der Folge: eine Niederlage kann nur unrechtmäßig zustande kommen (Wahlfälschung). Dagegen muss das Volk auf die Straßen gerufen werden – oder gar zu den Waffen? Wir stehen mitten im Kampf um Demokratie und Pluralismus.

5 Als Kirche Position beziehen

Wie soll die Kirche bzw. wie sollen wir als kirchliche Mitarbeiter/innen diesen Kampf führen und uns darin positionieren? Bevor ich darauf näher eingehe, möchte ich auf eines aufmerksam machen: Der Prozess der Säkularisierung, in Ostdeutschland: der Prozess der Entchristianisierung, durch die Marginalisierung der Kirchen in der DDR-Zeit beschleunigt, der Bedeutungsverlust der Kirchen heute, hat gravierende gesellschaftliche Folgen. Säkularisierung führt leider nicht automatisch zur Aufklärung, zur Emanzipation und Befreiung des Menschen aus selbst verschuldeter Unmündigkeit. Vielmehr hat sich in vielen Köpfen ein ideologisches und religiöses Vakuum gebildet. Dieses bietet viele Einflugschneisen für religiös-politische Okkupation. Daraus ergibt sich die Aufgabe: Wir werden als Kirche nur dann unserer Verantwortung gerecht, wenn wir den Menschen Sinn stiftende Überzeugungen anbieten und zu neuen Gewissheiten verhelfen. Das aber setzt voraus, dass wir uns über die theologischen Grundthemen Rechenschaft ablegen:

5.1 Menschenwürde

Zwar kommen in der Bibel Begriffe wie Menschenrechte oder Demokratie nicht vor. Aber von einer Grundaussage der Bibel können, ja müssen wir universal gültige Menschenrechte, Pluralität und ein demokratisches Miteinander ableiten:

Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde, zu seinem Bilde schuf er ihn.

1. Mose 1,28

Im Konfirmandenunterricht habe ich Jugendlichen diese Aussage so erklärt: Jeder Mensch ist ein Geschöpf Gottes – im Sinne von: *ein Stück von Gott* in des Wortes doppelter Bedeutung: der Mensch ist von Gott gemacht und ist ein Teil Gottes, trägt also eine göttliche Würde in sich. Dieses gilt für alle Menschen. Muslime, Hindhus, Atheisten sind eben keine Unglücksfälle der Schöpfung. Darum steht die Schöpfungsgeschichte am Anfang der Bibel und ist letztlich nur interreligiös zu verstehen. Wenn wir uns als Christen im Apostolischen Glaubensbekenntnis zu Gott als dem „*Schöpfer des Himmels und der Erde*“ bekennen, dann müssen wir in jedem Menschen ein Geschöpf Gottes sehen, das mit Recht und Würde gesegnet ist. Davon leiten sich die Gleichberechtigung von Mann und Frau und soziale Verantwortung füreinander ab, aber auch die Würde des Menschen, der durch sein Tun und Lassen dieser göttlichen Bestimmung nicht gerecht wird.

5.2 Demokratie

In Markus 10 wird eine Auseinandersetzung um Oben und Unten in der Jüngerschaft geschildert. In diesem Zusammenhang sagt Jesus:

Ihr wisst, die als Herrscher gelten, halten ihre Völker nieder, und ihre Mächtigen tun ihnen Gewalt an. Aber so ist es unter euch nicht; sondern wer groß sein will unter euch, der soll euer Diener sein; und wer unter euch der Erste sein will, der soll aller Knecht sein.

Markus 10,42ff

Für mich ist das neben der Jotam-Fabel aus Richter 9 und der grundsätzlichen Kritik an autokratischen Strukturen in 1. Samuel 8 die zentrale Stelle, in der Jesus jedem Autoritarismus eine theologische Legitimation abspricht. Leider hat es bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts gedauert, dass ein Karl Barth in seiner grundlegenden Schrift „*Rechtfertigung und Recht*“ 1936 ausführen konnte:

Die Phrase von der gleichen Affinität bzw. Nichtaffinität aller möglichen Staatsformen dem Evangelium gegenüber ist nicht nur abgenützt, sondern falsch. Daß man in einer Demokratie zur Hölle fahren und unter einer Pöbelherrschaft oder Diktatur selig werden kann, das ist wahr. Es ist aber nicht wahr, dass man als Christ ebenso ernstlich die Pöbelherrschaft oder die Diktatur bejahen, wollen, erstreben kann wie die Demokratie.

Für mich steht außer Frage, dass Kirche nicht nur das prophetische Wächteramt in einer Gesellschaft wahrzunehmen hat. Kirche hat auch eine klare Option für die Demokratie auszusprechen. Schließlich ist die Demokratie die dem Evangelium gemäße Form des

staatlichen und gesellschaftlichen Zusammenlebens. In meinen Augen ist sie ein unbedingtes Erfordernis kirchlicher Arbeit: die politische, die Demokratie fördernde Bildung als Teil der gemeindlichen Arbeit wie der Ausbildung der Theologen.

5.3 Identität und Integration

Der biblische Glaube hat eine universale Perspektive. Darum definiert sich Identität des Menschen nicht aufgrund von Volk, Rasse, Nation. Identität finden wir in dem, der uns bei unserem Namen ruft – und auch in größter Fremdheit nicht allein lässt. Christlich gesprochen: **Mit der Geburt wird jeder Mensch ins Leben gerufen, mit der Taufe wird er zum Leben berufen.** Als das Volk Israel nach Babylonien verschleppt wurde, 1000 Kilometer vom inzwischen zerstörten Tempel entfernt, dort wie auf gepackten Koffern sitzend ausharrte und dabei war, eine Parallelgesellschaft zu bilden, da rief ihnen der Prophet Jeremia zu (Jeremia 29):

So spricht ... der Gott Israels, ...: Baut Häuser und wohnt darin; pflanzt Gärten und esst ihre Früchte; nehmt euch Frauen und zeugt Söhne und Töchter, nehmt für eure Söhne Frauen und gebt eure Töchter Männern, dass sie Söhne und Töchter gebären; mehrt euch dort, dass ihr nicht weniger werdet. Suchet der Stadt Bestes, dahin ich euch habe wegführen lassen, und betet für sie zum HERRN; denn wenn's ihr wohl geht, so geht's auch euch wohl.

Auf Deutsch: Integriert euch, gründet Familien, sucht der Stadt Bestes – aber behaltet euren Glauben! Vertraut dem Gott, der sagt:

Wenn ihr mich von ganzem Herzen suchen werdet, so will ich mich von euch finden lassen.

Jeremia 29,13b

5.4 Volk

Wir sollten auch theologisch einem nationalistischen Verständnis des Volkes klar entgegentreten. Die Parole der Friedlichen Revolution „*Wir sind das Volk*“ war und ist nicht exklusiv, also andere ausschließend, gemeint – so wie das bei denen der Fall ist, die seit zwei Jahren mit diesem Ruf ungesagt mitbrüllen: Ihr Politiker, ihr Journalisten, ihr seid nicht das Volk, denn ihr seid „Volksverräter“; und ihr Geflüchtete seid es auch nicht, denn ihr seid „muslimische Invasoren“. 1989 war man sich einig: Obwohl wir so verschieden sind und weil wir so unterschiedlich leben, wollen wir, dass diese Verschiedenheit nicht nur respektiert, sondern auch in Freiheit ausgelebt werden kann. Darum rufen wir denen, die das alles nicht wollen, entgegen: „*Wir sind das Volk*“. Nun sind theologisch gesehen mit „Volk Gottes“ oder „wanderndes Gottesvolk“ die Menschen gemeint, die Gott als den Einen und Einzigen anerkennen. Der Volksbegriff hat also nur in Bezug auf Gott eine Bedeutung, nicht aber in Bezug auf die Nation. Darum gerät bei den biblischen Propheten zunehmend die Völkerwelt in den Blick, die nicht eine Gegnerschaft zu Israel bildet, sondern denen die Verheißung des

Friedens genauso gilt wie Israel (vgl. Jesaja 2). Bei Jesus wird dann der Begriff des Volkes geweitet auf die ganze Welt.

5.5 Zusammenfassung

Wenn man sich nun fragt, was denn die biblische Botschaft inhaltlich politisch austrägt, so möchte ich auf Carl Amery zurückgreifen. In seinem sehr lesenswerten Buch *„Hitler als Vorläufer? – Auschwitz, der Beginn des 21. Jahrhunderts?“* setzt sich Amery mit den diktatorischen, autokratischen Systemen des 20. Jahrhunderts wie den Stalinismus und den Nationalsozialismus auseinander, um der Frage nachzugehen:

Müssen wir Unmenschen werden, um die Menschheit zu retten?

Übrigens: Diese Frage steht hinter den so saloppen Formulierungen wie *„Wir können doch nicht die ganze Welt retten“* oder *„Wir doch nicht das Sozialamt Europas“*, um damit die Aushebelung von Grundwerten zu begründen. Diese Frage steht auch im Raum, wenn ein *„Krieg gegen den Terror“* geführt und damit gegen Menschenrechte verstoßen wird. Amery kommt zu dem Schluss, dass Hitler diese Frage eindeutig mit JA beantwortet hat (Stalin, Pol Pot, Mao Tsedong auch). Darin sieht er den Grund, warum gerade diese Systeme – und vor allem Hitler - Juden und die jüdisch-humanistische Tradition, zu der ich das Christentum zähle, verfolgt haben:

... er (Hitler) meinte die jüdisch-humanistische Botschaft schlechthin – die Botschaft von der Friedfertigkeit, von der Erhaltung des schwachen und gekränkten Lebens, von der Notwendigkeit der Diskussion und des Kompromisses.

Inhaltlich ist damit sehr schön beschrieben, worauf es auch heute ankommt: Frieden, die Würde des einzelnen, insbesondere auch des beschädigten Lebens, freie Meinungsäußerung, demokratischer Diskurs und Bereitschaft zum Kompromiss. Gerade Letzteres ist für die Populisten ein Fremdwort und gerät im Echo-Raum des Internets völlig aus dem Blickfeld.

6 Debatte führen

Noch einmal: Als Kirche haben wir die Debatte um die Demokratie offen, offensiv und theologisch fundiert zu führen. Das bedeutet: Wir reden mit jedem, auch mit Anhängern von Pegida/Legida und der AfD – aber nicht auf Bestellung und schon gar nicht, indem wir ihnen Foren bieten (Kirchentag). Denn wir haben zu bedenken: Wenn wir mit Pegida- oder AfD-Mitgliedern in eine Debatte eintreten, dann begegnen wir Ignoranz und Inkompetenz. Diese aber werden nicht als eigene Schwäche, sondern als Gegenentwurf zu den etablierten Kräften angesehen. Insofern hat die Lüge als Instrument der Auseinandersetzung Einzug gehalten. Trump ist darin ein Meister – und man kann vor seiner dreisten Schamlosigkeit nur erschrecken.

6.1 Position beziehen

Darum ist eines ganz wichtig: In allen Gesprächen und Diskussionen muss deutlich bleiben und werden, von welcher Position aus wir in die Debatte einsteigen und welche Ziele wir verfolgen. Ein meinungsloses „*Wir reden einmal über unsere Ängste und Sorgen*“ kann und darf es nicht geben. Denn schließlich geht es darum, Klarheit darüber zu gewinnen, was denn die fundamentalen Werte des Zusammenlebens sein sollen und wie wir sie anzuwenden gedenken. Da herrscht in unserer Gesellschaft überhaupt keine Einigkeit. Diesen Nebel/dieses Vakuum nutzen rechtsradikale Gruppierungen aus.

In der gegenwärtigen Debattenlage wird auch offenbar, dass viele Menschen über kein inneres Krisenmanagement verfügen, das ihnen erlaubt, mit den Verwerfungen des Lebens (eigenes Versagen, Krankheit, Tod) menschlich umzugehen – eine Ursache für die schnelle Verunsicherung. Damit mangelt es ihnen auch an dem, was für die Entwicklung eines gesunden Selbstbewusstseins unerlässlich ist: Gottvertrauen. Ein solches Krisenmanagement fällt nicht vom Himmel – und setzt sich aus vielen einzelnen Teilen zusammen: Persönlichkeit, Glauben, soziale Haltung, Vorbild.

6.2 Führung zeigen

Ganz wichtig ist, dass diejenigen, die in unserer Gesellschaft Führungspositionen innehaben (und das fängt spätestens bei der Kita-Leiterin an), sich darüber im Klaren sind: Wie ich rede, was ich sage, welche Überzeugungen ich vertrete, welche Haltung ich einnehme – all das prägt andere Menschen. Denn daran können andere ablesen, worauf es mir selbst ankommt. Daraus erwächst eine hohe Verantwortung – insbesondere auch für das Zusammenleben in der Demokratie und für die Aneignung der Grundwerte. Es geht nicht darum, dass wir die Grundwerte der Verfassung oder die ethischen Maßstäbe des Evangeliums 100-prozentig umsetzen. Es wird immer ein Graben klaffen zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Aber das eigene Scheitern wie der Missbrauch dürfen nicht zum Maßstab des Handelns werden. Maßstab muss die positive Kommunikation, Anwendung und Herleitung der Grundwerte und Glaubenswahrheiten bleiben. Gerade im Blick auf das Reformationsjahr 2017 sollten drei Dinge im Blick haben:

- Pluralismus leben
- Andersartigkeit bejahen
- sich am demokratischen Diskurs beteiligen

Die Demokratie ist zu wertvoll, als dass wir sie leichtfertig aufs Spiel setzen. Denn mit der Demokratie, wenn wir sie verspielen, gehen auch die Grundlagen unseres Glaubens verloren.

Christian Wolff, Pfarrer i.R.

Beratung für Kirche, Politik und Kultur

www.wolff-christian.de